ENTWURF

Satzung über die Herstellung und Bereithaltung von Kraftfahrzeugstellplätzen

Vom (Amtsblatt vom Seite)

Die STADT FÜRTH erläßt aufgrund von Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 der Bayer. Bauordnung - BayBO - i. d. F. d. Bek. vom 14. August 2007 (GVBl S. 588), folgende Satzung:

Inhaltsübersicht

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Anzahl der Garagen und Stellplätze
- § 3 Ablösung
- § 4 Gestaltung der Garagen und Stellplätze
- § 5 Stellplätze für Behinderte
- § 6 Abweichungen
- § 7 In-Kraft-Treten

Anlage: Richtzahlenliste zu § 2 Abs. 1 GSS

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für Garagen und genehmigungspflichtige sowie genehmigungsfrei gestellten und verkehrsfreien Stellplätzen, deren Nachweis sowie für die Erfüllung der Verpflichtung soweit nicht in Bebauungsplänen Sonderregelungen bestehen.

§ 2 Anzahl der Garagen und Stellplätze

(1) Die Anzahl der erforderlichen Garagen und Stellplätze ist anhand der Richtzahlenliste für den Stellplatzbedarf zu ermitteln, die als Anlage 1 Bestandteil dieser Satzung ist.

Entsprechend der jeweiligen Nutzung ist rechnerisch auf zwei Stellen hinter dem Komma die jeweilige Stellplatzzahl zu ermitteln und durch Auf- bzw. Abrundung auf eine ganze Zahl festzusetzen. Bei Vorhaben mit unterschiedlicher Nutzung sind die jeweiligen Stellplatzzahlen zu addieren.

(2) Bei der Ermittlung der erforderlichen Garagen und Stellplätze ist regelmäßig von dem Einstellbedarf für zweispurige Kraftfahrzeuge auszugehen; Autobusse, Lastkraftwagen, Liefer- und Betriebsfahrzeuge sind entsprechend zu berücksichtigen. Bei Bedarf sind zusätzliche Stellplatzmöglichkeiten für einspurige Kraftfahrzeuge anzuordnen.

(3) Die Anzahl der erforderlichen Garagen und Stellplätze ist zu erhöhen, wenn nach der besonderen Situation des Einzelfalles das Ergebnis im Mißverhältnis zum Bedarf steht.

(4) Die Anzahl der erforderlichen Garagen und Stellplätze für Vorhaben, die in der Richtzahlenliste nicht erfaßt sind, ist nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall unter sinngemäßer Berücksichtigung der Richtzahlen für Vorhaben mit vergleichbarem Bedarf zu ermitteln.

(5) Stellplätze, die zu einer Wohneinheit gehören, können hintereinander angeordnet werden.

§ 3 Ablösung

(1) Soweit Kraftfahrzeugstellplätze durch den Bauherren nicht hergestellt oder nachgewiesen werden, kann die Erfüllung der Stellplatzpflicht durch Ablösung erfolgen.

(2) Über die Ablösung von Stellplätzen entscheidet der Bau- und Werkausschuß des Stadtrates.

(3) Die Höhe des Ablösebetrages für einen Stellplatz wird für das gesamte Stadtgebiet auf 8.000,00 € festgelegt.

(4) Für Vorhaben in Baudenkmälern wird der Ablösebetrag auf 5.000,00 € pro Stellplatz festgelegt.

§ 4 Gestaltung der Garagen und Stellplätze

(1) Stellplätze sind in Abhängigkeit von der beabsichtigten Nutzung und den gestalterischen Erfordernissen zu befestigen. Dabei sollen biologisch verträgliche Befestigungsarten (z.B. Schotter- oder Pflasterrasen) verwendet werden.

(2) Anlagen für Garagen und Stellplätze sind mit Sträuchern einzugrünen. Bei Stellplatzanlagen ist für je zehn Stellplätze mindestens ein standortgerechter Baum zu pflanzen; Stellplatzanlagen mit mehr als 20 Einheiten sind außerdem zu durchgrünen.

(3) Flachdächer von Garagenanlagen ab 20 Stellplatzeinheiten sollen begrünt werden.

(4) Die Fassaden von mehrgeschossigen Garagenanlagen sollen begrünt werden, wenn nicht im Einzelfall durch eine besonders gute Fassadengestaltung den Belangen des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes sowie des Denkmalschutzes Rechnung getragen wird.

§ 5 Stellplätze für Behinderte

(1) Für je 50 notwendige Stellplätze eines Vorhabens ist ein zusätzlicher Stellplatz für schwer Gehbehinderte und Behinderte im Rollstuhl auf dem Grundstück nachzuweisen.

(2) Diese Anforderung gilt nicht, wenn in Rechtsverordnungen nach Art. 80 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 und 4 BayBO (Sonderbauverordnungen) entsprechende Regelungen getroffen werden.

§ 6 Abweichungen

(1) Die STADT FÜRTH kann unter den Voraussetzungen des Art. 63 BayBO Abweichungen zulassen.

(2) Bei der Errichtung von Gebäuden, deren Nutzung im öffentlichen Interesse ist, kann von der Verpflichtung zur Herstellung der notwendigen Stellplätze abgewichen werden.

Unter diese Regelung fallen insbesondere

- soziale Einrichtungen (Krankenversorgung, Kinderbetreuung, Altenpflege),
- sportliche Einrichtungen (Sportplätze, Badeanstalten, Turnhallen),
- Einrichtungen der Freizeitgestaltung (Spielplätze, Grünanlagen),
- kulturelle Einrichtungen (Schulen, sonstige Bildungsstätten, Museen, Theater),
- Einrichtungen für die Sicherheit der Bevölkerung (Brandwachen, Polizeiwachen) und
- Umweltschutzeinrichtungen (Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen).

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der STADT FÜRTH in Kraft.

Vorstehende Satzung wurde vom Stadtrat am _____._____._____ beschlossen. Sie wird hiermit ausgefertigt und amtlich bekannt gemacht.

Fürth, den _____._____._____

STADT FÜRTH

.....

Oberbürgermeister